

KOLUMNE



von Dr. Ursula Heimann

Umdenken lohnt sich

Nachhaltigkeit erscheint manchmal als modische Worthülse, die für alles oder nichts verwendet wird. Tatsächlich bezieht sich Nachhaltigkeit auf drei große Bereiche, insbesondere im Hinblick auf Betriebe und Unternehmen: ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Nachhaltigkeit und natürlich wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Alle drei Bereiche hängen zusammen und können sich gegenseitig verstärken.

Viele Betriebe und Unternehmen sind wirtschaftlich solide und leisten Beiträge zu ökologischer und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit, sei es, indem sie gesetzliche Umweltauflagen erfüllen, oder „ganz nebenbei“ Integration unter ihren Mitarbeitern fördern. Warum dann der Ruf nach mehr Nachhaltigkeit?

Er fordert dazu auf, neben wirtschaftlichen Zielen auch ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit in der Unternehmensstrategie festzuschreiben. Energiegewende und CO₂-Neutralität sind dabei wichtige Ziele, um den Klimawandel zu begrenzen. Letztl sind alle Betriebe gefordert, mindestens zu diesen Zielen beizutragen.

Immer mehr Unternehmen haben begonnen, Nachhaltigkeit in allen drei Bereichen anzustreben. Der Einstieg gelingt mit einfachen Schritten: Berufliche Reisen können per Bahn erfolgen, bei Veranstaltungen kann ein fleischloses oder regionales Buffet serviert werden, energiesparende Maßnahmen werden eingeführt, Mitarbeiter erhalten als Bonus ein Deutschland-Ticket oder für neue Mitarbeiter gibt es ein internes Mentorenprogramm. Diese ersten Maßnahmen und ihre Ergebnisse können in einem einfachen Nachhaltigkeitsbericht zusammengefasst und kommuniziert werden.

Dann kann man sich komplexeren Fragestellungen widmen, wie dem Einbau von Solarpanelen, der Umstellung auf energiesparende Herstellungsprozesse oder der gezielten Schaffung von Arbeitsplätzen für Geflüchtete. Wieder wertet man Ergebnisse und Erfahrungen aus und kommuniziert sie umfassend.

Schließlich stellt man Produkte, Dienstleistungen, Verpackungen und ganze Lieferketten auf größtmögliche Nachhaltigkeit um, gerade auch im ökologischen und gesellschaftlichen Sinne. Dies lohnt sich auch für kleine und mittlere Betriebe. Denn nach ersten Anfangsinvestitionen stellen sich positive wirtschaftliche Resultate meist schnell ein – sei es in Form von Kosteneinsparungen oder von wachsendem Umsatz von Kunden, die die nachhaltige Ausrichtung suchen oder sie in ihrer eigenen Lieferkette benötigen und durch ihre Käufe honorieren.

Dr. Ursula Heimann arbeitet als selbstständige Expertin für Grün- und Mittelstand. Einmal im Monat schreibt die Soltauerin in der Böhme-Zeitung.



Als „Helden-Fachberater“ stellte Landrat Jens Grote die Vertreter der Hochwasser-Einsatzkräfte vor (von links): Thomas Kolodzi (THW), Thomas Ruß (Feuerwehr), Dennis Protz (DRK) und Stephan Nachrainer (DRK). Foto: tv

„Egal, welche Jacke getragen wurde“

VON REINHARD VORWERK

Bad Fallingb. Bostel. Statt Weihnachtsgang mit Rotwein zum Fest gab es für die Helferinnen und Helfer beim Hochwasser-Einsatz Erbsensuppe. „Die hat auch geschmeckt“, lobte Kreisbrandmeister Thomas Ruß die Kochkunst der Feuerwehrbereitschaft sowie des von Dennis Protz geleiteten Verpflegungszugs des DRK-Kreisverbands Fallingb. Bostel.

Auch wenn sich bereits frühzeitig eine Anspannung der Hochwasserlage abzeichnete, hätte sich niemand der Helfer träumen lassen, wie er die Festtage verbringen würde, sagte Landrat Jens Grote in dem von Frank Leverenz (CDU) geleiteten Kreis-Feuerwehrausschuss, wo er ein erstes Fazit des Hochwasser-Einsatzes zog. „Alle hatten was anderes vor, aber keiner hat gemurr.“ Das gelte für seine eigenen, aus dem Weihnachtsurlaub gerufenen Mitarbeiter der Kreisverwaltung, wie für die Tausenden ehrenamtlichen Helfer der verschiedenen Organisationen sowie für deren Versorgung und Unterbringung zunächst in der Oberschule Walsrode und dann im Camp Oerbke zuständi-

Statt Gänsebraten gab es für die Hochwasserhelfer zu Weihnachten nur Erbsensuppe: „Keiner hat gemurr“



Das gesamte Spektrum war beim Hochwasser-Einsatz an Aller, Leine und Lesse vertreten. Gut 3000 Helferinnen und Helfer waren es nach Angaben des Landkreises. Die Grafik zeigt die Stärke der einzelnen Verbände.

gen Verpflegungszüge. Der vom Landrat geleitete Katastrophenschutzstab koordinierte die Einsätze. Dem Gremium gehörten neben Verwaltungsmitarbeitern auch Vertreter der eingesetzten

Verbände als Fachberater an. Vier „Helden-Fachberater“, wie Grote sie nannte, waren zur Ausschusssitzung geladen worden, um jeweils aus ihrer Sicht zu berichten.

Als Erster war Kreisbrandmeister Ruß im Boot. Am Heiligabend hatte er die Stadt- und Gemeindebrandmeister zur Lagebesprechung einbestellt und sich anschließend mit dem Landrat vor Ort ein Bild von der Lage im Aller-Leine-Tal gemacht.

„Eins a mit Sternchen“ für den Führungsstab

„Wir wussten schnell, das geht nicht gut“, sodass man sich frühzeitig auf eine besondere Lage einstellte, so Ruß, der am Ende seines Kurzvortrags den Ball zurückschickte und eine Bestnote an den Führungsstab verteilte: „Eins a mit Sternchen“. Für Ruß war es übrigens der letzte Auftritt in dem für Brandschutz und Feuerwehren zuständigen Fachausschuss. In vier Wochen wird er in der Festhalle Munster mit großem Bahnhof aus seinem Amt als Kreisbrandmeister verabschiedet.

„Egal, welche Jacke getragen wurde“, das Zusammenspiel der Einsatzkräfte funktionierte reibungslos, bestätigte auch Thomas Kolodzi, Ortsbeauftragter des Technischen Hilfswerks. Da das THW bundesweit über einheitliches Einsatzgerät verfügte, konnten die Helfer aus Passau,

Berlin-Köpenick oder Hessen bei der Ablösung problemlos das Gerät ihrer Vorgänger übernehmen.

Erfahrung im Hochwasser-Einsatz hat Stephan Nachrainer DLRG-Einsatzleiter schon reichlich gesammelt. Doch das hier toppte alles. Seit dem 17. Dezember sei er im Rettungseinsatz gewesen, so der Soltauer, „aber drei Wochen im Stück habe ich nicht mal an der Elbe gehabt“.

Mit dem Aufräumen kommt auch das Abrechnen. Für alles, was zentral vom Landkreis angefordert und beschafft wurde, Stand derzeit etwa 600 000 Euro, werde der Heidekreis aufkommen, wobei man von einer weitgehenden Kostenerstattung durch Land und Bund ausgehe. Es werde keine spitze Abrechnung geben, sagte Grote auf eine Nachfrage des Ahldener CDU-Kreistagsabgeordneten Hannes Luhmann. „Das ist schlecht für den Landkreis, aber angemessen.“ Auf die Kommunen kämen schließlich weitere Kosten bei der Katastrophenabkehr für ihren eigenen Wirkungskreis zu. Da hofft Grote, dass auch vor Ort in den Samtgemeinden größtenteils eine Kostenerstattung vom Land kommen werde.

Suche nach Brandstiftern geht weiter

Noch kein Verursacher für das Feuer in der Flüchtlingsunterkunft gefunden

VON JAN-HENDRIK KOCH

Wittorf. Auch mehr als drei Monate nach dem Brand eines Altenheims in Wittorf, das zu einer Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden sollte, dauern die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Lüneburg weiter an. „Wir haben noch keine neuen Erkenntnisse“, sagt Pressesprecherin Wiebke Bethke. Dass es sich bei dem Feuer in der Nacht auf den 3. November um Brandstiftung handelte, ergaben die Untersuchungen am Tatort bereits nach wenigen Tagen. Trotzdem ist man bei den Ermittlungen noch nicht weiter.

Das Feuer soll gegen 2.30 Uhr im Wintergarten des ehemaligen Altenheims ausgebrochen sein. Etwa 170 Einsatzkräfte waren vor Ort und verhinderten ein Übergreifen der Flammen auf das bewohnte Nachbargebäude.

15 Personen konnten das Haus über Hinterausgänge verlassen, eine weitere Person musste mit Hilfe einer Steckleiter aus dem Gebäude befreit werden.

Die Samtgemeinde Bardowick hätte an der Brandstelle gerne schon Hand angelegt, doch die Versicherung macht der Samtgemeinde derzeit noch einen Strich durch die Rechnung. „Uns fehlt aktuell die Freigabe, dass wir tätig werden können. Wir warten noch auf das Gutachten der Versicherung“, erklärt Bardowicks Samtgemeindebürgermeister Heiner Luhmann (CDU).

Dies sei bereits überfällig, hätte schon Anfang Februar zur Verfügung stehen sollen. „Wenn das Gutachten da ist, werden wir umgehend mit dem Abräumen der Brandstelle beginnen.“ Dann müsse geschaut werden, ob einige Räume noch genutzt werden können. „Die mit technischer Einrichtung sind allerdings alle dem Feuer zum Opfer gefallen.“

Einige Räume haben den Brand überstanden, sind noch intakt. „Da geht es dann aber auch um Abwasser und Stromversorgung. Ergibt eine Instand-

setzung keinen Sinn, müssen die Räumlichkeiten dann ebenfalls abgerissen werden.“ Allerdings müsse eben erst einmal das Gutachten vorliegen, bevor die Arbeiten starten können.

Dann geht es für die Samtgemeinde auch darum, zu entscheiden, ob eine Containerlösung oder direkt ein Neubau die sinnvollere Lösung ist. Immerhin sollte die ursprüngliche Flüchtlingsunterkunft für 50 bis 60 Personen reichen. „Das ist dann

eine politische Diskussion, inwiefern wir auf dem Gelände weiter verfahren“, verdeutlicht Heiner Luhmann.

Trotzdem müssen die Planungen und die Arbeit in der Samtgemeinde Bardowick beim Thema Flüchtlinge weitergehen. „Wir haben uns am Tag des Brandes mit dem Landkreis Lüneburg in Verbindung gesetzt und deutlich gemacht, dass wir die geplanten Flüchtlinge erst einmal nicht aufnehmen können.“



In der Nacht auf den 3. November 2023 brach in einem ehemaligen Seniorenheim, das zu einer Flüchtlingsunterkunft werden sollte, ein Feuer aus. Große Teile des Gebäudes wurden zerstört. Foto: t&w

In der Zwischenzeit hat die Verwaltung nach neuen Immobilien Ausschau gehalten, die als Flüchtlingsunterkunft infrage kommen könnten – und ist fündig geworden.

„Wir haben eine neue Unterkunft erworben, die aktuell hergerichtet wird“, sagt Luhmann zum aktuellen Sachstand. Dort sei für 25 bis 30 Geflüchtete Platz, die exakte Zahl stelle sich aber erst während der Umbauarbeiten heraus. „Aber für 25 Flüchtlinge wird es mindestens reichen.“ Spätestens Anfang April sollen der Umbau fertig sein und die ersten Geflüchteten in den Räumen unterkommen.

Doch ist dann überhaupt ein Neubau auf dem Gelände des Altenheims notwendig, wenn die Samtgemeinde ja bereits ein anderes Objekt gefunden hat? „Ja, wir brauchen auf jeden Fall zwei Unterkünfte“, betont Luhmann, der noch einen weiteren, wesentlich wichtigeren Grund nennt: „Wir wollen auch ein klares Zeichen setzen. Auf dem Brandgelände wird eine neue Unterkunft für Geflüchtete entstehen.“